

Gas und Wasserstoff

Positionspapier der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Aktuelle Lage

ver.di unterstützt die notwendigen Sanktionen gegen Russland als Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine und das dringende Bemühen der Bundesregierung, unabhängig von russischen Kohle-, Öl- und Gaslieferungen zu werden. Für die Bundesrepublik bietet dies eine Chance zur Beschleunigung der Energiewende und für massive Investitionen in die eigene Energieversorgung. Erneuerbare Energien müssen schneller und umfassender als bisher ausgebaut werden.

Die Gaswirtschaft samt ihrer Netzinfrastruktur und die ca. 40.000 Beschäftigten sind dennoch weiterhin elementar für die deutsche Energieversorgung. Das deutsche Gasnetz transportiert heute mit rund 1.000 TWh (= 1.000 Milliarden kWh) im Jahr fast doppelt so viel wie das Stromnetz mit 510 TWh im Jahr. Das heißt, Deutschland verfügt über eine funktionierende Infrastruktur, die für die Zukunft der Energiewende genutzt werden kann.

Für die Energiewende ist eine Infrastruktur für Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe, der Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze, der Ausbau der Fernwärme und Stromanwendungen (z.B. Wärmepumpen und Ladesäulen für Elektroautos) mitsamt der Investitionen in Energieeffizienz und Einsparungen erforderlich. Für diesen Umbau sind gut ausgebildete Fachkräfte notwendig. Die mit der Reduktion von Gasimporten einhergehende Transformation kann daher nur zusammen mit den Beschäftigten erfolgreich sein.

Erdgas bleibt in der Energiewirtschaft, je nachdem wie die Geschwindigkeit des Umbaus vorangeht, eine essentielle Brücke hin zu Wasserstoff und synthetischen Gasen.

Dies hat auch eine Studie von Agora Energiewende von 2021¹ eindrücklich mit Zahlen unterlegt: Für das Jahr 2035 sieht die Studie beispielsweise in der Fernwärmeerzeugung noch 54 TWh Erdgas und 9 TWh Wasserstoff und für 2040 26 TWh Erdgas und 26 TWh Wasserstoff vor.

Durch die aktuelle Situation wird die Übergangszeit für die Brücke Gas jedoch kürzer und erfordert einen schnelleren Umbau. Dieser muss durch eine aktive Politik zusammen mit den Sozialpartnern in der Energiewirtschaft begleitet werden, damit die Belange der Beschäftigten geschützt werden. Es braucht Fördermaßnahmen für den Umbau von KWK-Anlagen auf

¹

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut (2021): Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann, Studie im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende.

Wasserstoff, Modernisierung und Ausbau von Strom- und Wärmenetzen und den Abbau von regulatorischen Hemmnissen.

Fuel Switch: Gas - Wasserstoff

In der Gasbranche sind viele kommunale Unternehmen tätig. Gerade kommunale Unternehmen haben in den letzten Jahren, wie von der Politik gewünscht, in den Neu- oder Umbau von Gaskraftwerken investiert. In der privaten und kommunalen Energiewirtschaft gibt es hochwertige Arbeitsplätze mit Tariflöhnen und Mitbestimmung. Diese Arbeitsplätze müssen gesichert und für den Umbau auf eine klimaneutrale Energieversorgung fit gemacht werden.

Deshalb muss der geplante Ausstieg aus Erdgas ab sofort mit einer Initiative zum Umstieg auf Wasserstoff (H₂) verbunden werden. Dazu sind auch dezentrale Erzeugungs- und Verteilinfrastrukturen (privat und kommunal) notwendig. Die vorhandene Gas- und Gasnetz-Infrastruktur muss das Rückgrat der neuen H₂-Infrastruktur sein und umgebaut werden. Ein einfacher „Rückbau“ greift zu kurz.

Denn Deutschland wird weiterhin gasförmige Energieträger brauchen. Außer in der stofflichen Nutzung wird Gas hauptsächlich im Bereich Wärme eingesetzt. Bei der viel diskutierten „Grünen Wärmewende“ wird jedoch ein Aspekt häufig außer Acht gelassen – die Prozesswärme. Prozesswärme wird fast ausschließlich durch Gas erzeugt. Für viele industrielle Prozesse werden hohe Temperaturen benötigt. Der chemische Prozess Ethylen-Cracken benötigt beispielsweise 850 Grad, Schmieden brauchen mindesten 750 bis 1200 Grad. Elektrische Hochtemperatur-Wärmepumpen erreichen maximal 150 Grad Celsius.

Auch im Gebäudebereich wird die Bundesrepublik weiterhin auf gasförmige Energieträger angewiesen sein. Die Umstellung der Wohnungsheizungen auf elektrische Wärmepumpen im Bestand erfordert oft eine aufwendige energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen. Gerade in Ballungsräumen (zum Beispiel Ruhrgebiet, Berlin) sind kurzfristig nicht genug Wärmepumpen verfügbar, der Einbau ist zeitintensiv und teuer, die Sanitär-Fachkräfte nicht vorhanden und die Stromnetze nicht darauf ausgelegt. Hierzu ein Beispiel: Wenn in Essen alle Haushalte mit Wärmepumpen ausgerüstet würden, müssten dafür zunächst rund 7 Milliarden Euro in die Stromnetzinfrastuktur investiert werden, um den zusätzlichen Strombedarf verteilen zu können.

Das Energiesystem der Zukunft sollte also neben Strom aus erneuerbaren Quellen auch auf unterschiedlichen flüssigen und gasförmigen Energieträgern basieren, um die bestehenden Infrastrukturen für Transport, Verteilung und Speicherung von Energie bestmöglich zu nutzen und zu kombinieren. Dies bietet erhebliche volkswirtschaftliche Einsparungen und sorgt gleichzeitig für eine gesteigerte Systemsicherheit.

Deshalb sollten die Bemühungen auf den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Diversifikation der Energielieferungen und auf den erforderlichen umfassenden Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gerichtet sein.

EU – Unbundling

Die EU plant im sogenannten Wasserstoff- und Gasmärktepaket ein Unbundling (Trennung) für Gas- und Wasserstoffnetze. Das heißt, Gasnetzbetreiber dürften nach diesen Plänen ab 2031 keine Wasserstoffnetze mehr betreiben. Netze, die sie vorher mit ihrem Geld und Knowhow auf- und umgebaut haben, stünden damit als Rückgrat der neuen H₂-Infrastruktur nicht zur Verfügung. Die Planung und der Betrieb von zwei parallelen Netzen, der Verzicht auf Synergien, verursacht hohe Kosten. Auch investiert niemand in ein Netz, das er später nicht betreiben darf. Zudem schafft eine solch strikte Trennungsregelung Unsicherheit und bremst Investitionen aus, was dem aktuellen zeitlichen Transformationsdruck nicht gerecht wird. Die Kosten müssen dabei am Ende die Kund*innen tragen, was – neben dem Ressourcen- und Landschaftsverbrauch – gerade nicht nachhaltig wäre.

Die sehr komplexen Vorgaben der EU-Kommission zur Entflechtung der Gas- und Wasserstoffnetze, u.a. die gesellschaftsrechtliche und organisatorische Trennung von Erdgas- und Wasserstoffnetzbetrieb, sind überzogen und würden den notwendigen Aufbau von Wasserstoffnetzen sehr bremsen, wenn nicht gar unmöglich machen. Besonders die Verteilnetzbetreiber würden benachteiligt, in vielen Fällen würde kommunales Eigentum entwertet. Deshalb sollten die bisherigen etablierten und zielführenden Entflechtungsregelungen für Strom und Gas beibehalten werden und nicht verschärft werden.

Die Kompetenz und das Engagement der Beschäftigten werden jetzt gebraucht, um den Übergang zu einem dekarbonisierten Gassektor bis 2050 zu ermöglichen und Wärme- und Stromerzeugung sowie die Arbeitsplätze von Erdgas zu Grünen Gasen CO₂-neutral umzubauen. Dazu ist es notwendig, die vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte zu halten und die vorhandene Infrastruktur zu nutzen.

Berlin, 29. August 2022